



POSTULAT

35/07 betreffend Planungsbericht für den Bereich der Sozialen Wohlfahrt

Die Soziale Wohlfahrt verursacht gemäss der Rechnung 2006 mit CHF 54'854'200.91 einen Drittel sämtlicher Ausgaben der Gemeinde Emmen. Trotz guter Konjunktur haben sich die Nettoaufwände in den Bereichen Fürsorge und Sozialversicherungen im Jahr 2006 erhöht. Wir fordern den Gemeinderat darum auf, einen Planungsbericht betreffend die Soziale Wohlfahrt zuhanden des Einwohnerrates zu erstellen.

Obwohl sich der Gemeinderat bereits mehrfach mit den Ursachen für die hohen Kosten im Sozialbereich auseinandergesetzt hat, ist die Ausarbeitung eines umfassenden und zukunftsgerichteten Planungsberichts betreffend die Soziale Wohlfahrt aus folgenden drei Gründen notwendig:

- Mittel- bis langfristig ist mit einem Rückgang des Wirtschaftswachstums zu rechnen.
- Laufende und kommende Revisionen bei den Sozialversicherungswerken (wie z.B. die 5. IV-Revision) werden sich letztlich auch auf die Gemeinden und deren Finanzen auswirken.
- Mit der Finanzreform 08 des Kantons Luzern wird voraussichtlich der Lastenausgleichspool gemäss § 72a des Sozialhilfegesetzes vom 24. Oktober 1989 abgeschafft. Somit müssen künftig die Gemeinden vollumfänglich für die WSH aufkommen.

Mit einer Gesamtschau können Gemeinde- und Einwohnerrat die kommenden Problemfelder vorzeitig eruieren und die notwendigen Massnahmen anordnen. Angesichts der finanziellen Lage der Gemeinde Emmen dürfen wir der Entwicklung nicht tatenlos zusehen.

Der Planungsbericht soll schwergewichtig die Wirtschaftliche Sozialhilfe (WSH) und Teilbereiche wie unter anderem den Einsatz der Verwandtenunterstützung, die Anwendung der SKOS-Richtlinien oder den Sozialtourismus im Kanton Luzern beleuchten. Insbesondere folgende Aspekte stehen bei der Erarbeitung des Planungsberichtes im Blickpunkt:

1. Analyse des Ist-Zustandes: Kostenentwicklung im Bereich der Sozialen Wohlfahrt, Zahlen und Fakten zu den Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern sowie den betroffenen Alters- und Bevölkerungsgruppen, Gründe für die Kostenentwicklung, usw.
2. Ausblick: Auswirkungen des NFA und der Finanzreform 08, voraussichtliche zukünftige Kostenentwicklung, usw.

3. Strategie und Zielsetzungen des Gemeinderates.
4. Handlungsspielraum der Gemeinde Emmen im Bereich der Sozialen Wohlfahrt, insbesondere bei der WSH: Verbindlichkeit und Anwendung der SKOS-Richtlinien, Spielraum bei deren Anwendung, Anwendung in anderen Gemeinden und Kantonen usw.
5. Massnahmen zur Kosteneindämmung: Realisierte und geplante Massnahmen, Eruiierung weiterer Massnahmen, Kosten-Nutzen-Analyse, usw.

Emmenbrücke, 12. September 2007

Namens der CVP Fraktion

Christian Blunschli
Theo Kursfeld
Josef Schmidli
Rita Amrein
Nadia Schulze
Urs Richiger